

Die große Aussprache in Genf
Der Völkerbund fordert:
„Die Verfassung muß strikt eingehalten werden“

Ausführlicher Bericht über die Sitzung

DANZIGER

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Sorbusweg 1, Fernsprechamt 287 08, Schriftleitung 215 80. Bezugspreis monatlich 1,- G. ...

27. Jahrgang

Donnerstag, den 23. Januar 1936

Nr. 19

Die große Aussprache in Genf - Der Völkerbund fordert:

Die Verfassung muß strikt eingehalten werden

M. B. Genf, den 22. Januar 1936.

(Telephonischer Bericht unseres ständigen Korrespondenten.)

Die heutige große öffentliche Sitzung des Völkerbundes verlief genau so, wie der englische Außenminister es gewünscht hatte.

Die wurde zu einer einmütigen Rundgebung des höchsten internationalen Organs zugunsten des Völkerbundes-Kommissars gegen die Verfassungsverletzungen in Danzig.

Eindeutige, weitest mit größter Schärfe, wurde das Verhalten des Senats verurteilt, der sich an die vor dem Völkerbundrat abgegebenen Zusagen nicht gehalten habe.

Danach war es dem Hohen Kommissar, Herrn Leffer, leicht, in allgemeiner Form seinen Bericht zu veröffentlichen.

Was den Präsidenten des Danziger Senats betrifft, so schien er zu glauben, die beste Methode bestünde darin, den Gegensatz zwischen der Danziger Regierung und dem Völkerbundrat in verbindlichen Redewendungen zu verflechten und anzuplatzen der gegenseitigen Zusicherungen dem Völkerbundrat, seinen Mitgliedern, ja auch dem Völkerbundsgebäude und der Friedenssäule Guldigungen zu machen, wie man sie in Genf bisher noch keinem und so begehrten Völkerbundsmitglied zugehen konnte.

Berichterstatter Eden ließ in seiner höchsten Schlussrede keinen Zweifel darüber bestehen, daß er seinen Standpunkt weiter vertritt.

Die Debatte hat gezeigt — und das war der Zweck, den man mit ihr erreichen wollte — daß der gesamte Rat hinter dem Berichterstatter und dem Hohen Kommissar steht.

Man wünschte in Genf, daß man dies in Danzig begreife. So wird der Bericht, zu dessen Ausarbeitung Herr Eden schreitet, zu zeigen haben, daß diese Einmütigkeit der Reden sich in die Tat umsetzt.

Der Verlauf der Sitzung

Die Aussicht auf eine große Danzig-Debatte hatte zahlreiche Delegierte, Journalisten und ein gespanntes Publikum in das Völkerbundsgebäude gelockt. Mit Regierdelegierte man sich die sehr umfangreiche Danziger Delegation, die zu früher Stunde in den Wandelgängen erschienen, sich eng um den polnischen Außenminister Oberst Bed hielt und sich wiederholt mit ihm photographieren ließ.

Um 11 1/2 Uhr wurde in dem dicht gefüllten Ratssaal die Aussprache eröffnet, nachdem der Hohen Kommissar und der Präsident des Senats am Ratstisch Platz genommen hatten.

(Über den Verlauf der Sitzung haben wir gestern bereits in einem größeren Teil unserer Ausgabe einen zusammenfassenden Bericht veröffentlicht, dem wir heute eine ausführliche Darstellung folgen lassen.)

Außenminister Eden,

Ratsberichterstatter für Danzig, ergriß logisch das Wort.

In sehr ernstem Tone begann er mit folgender Feststellung: Die Fragen, die auf der Tagesordnung des Rates unter der allgemeinen Rubrik „Auf die Freie Stadt Danzig bezügliche Probleme“ stehen, stellen eine Frage dar, die als außerordentlich ernst anzusehen ist, sobald man sie unter dem Gesichtspunkt der Erfüllung der Funktionen und der Garantien betrachtet, die dem Völkerbund durch den Teil III Abschnitt II des Versailler Friedensvertrages anvertraut sind. ...

„Das ist“, so sagte er, „ein äußerst befriedigendes Symptom. Dagegen ist es bedauerlich, daß der Rat gezwungen ist, sich von neuem einer Bergewaltigung der Verfassung durch die Regierung der Freien Stadt Danzig zu widmen, der Verfassung, die sie respektieren muß, und die unter die Garantie des Völkerbundes gestellt wurde.“

Warum ist die Lage so ernst?

„Wenn ich“, so erklärte Herr Eden, „auf die Beziehungen zwischen dem Völkerbund und Danzig das Wort „außerordentlich ernst“ gebraucht habe, so geschah das deshalb, weil die Ereignisse, die sich seit meinem Bericht im letzten September abgepielt haben, unvermeidlich den Zweifel zu lassen, ob die Danziger Regierung an diese Fragen in einem Geiste guten Willens und guten Glaubens herantritt.“

Der englische Außenminister erinnerte an den einstimmig angenommenen Ratbescheid vom 23. September, in dem der Senat anbeordnet worden war, „die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Veränderung in der Lage herbeizuführen, die aus den an den Völkerbundrat gerichteten Petitionen und aus dem Juristenbericht ersichtlich sei, indem der Senat die Gesetzgebung der Freien Stadt mit der

Verfassung in Einklang bringen möge, deren Garant der Völkerbund ist, und in Zukunft die strikte Beachtung der Verfassungsgrundsätze in der Durchführung aller gesetzgeberischen Maßnahmen sichere.“

Mit scharfer Betonung eines jeden Wortes fuhr Herr Eden fort:

„Der Völkerbundrat hatte in jeder Beziehung das Recht, veritaendsvoll zu erwarten, daß die Regierung der Freien Stadt Danzig den vom Rat formulierten Empfehlungen Folge leisten würde und sie in völliger und aufrichtiger Weise ausführen würde. Die Empfehlungen waren nicht nur auf eine gründliche und unparteiliche Prüfung durch drei Juristen von ausnahmsweiser Integrität, sondern auch darauf begründet, daß der Rat in seiner vorherigen Tagung vom Senatspräsidenten die Zustimmung erhalten hatte, daß, falls der Rat im Sinne des Juristengutachtens an der Schlussfolgerung gelangt, daß die Verfassung in gewissen Punkten verletzt worden sei, der Senat der Freien Stadt seine Zustimmung entsprechend der Auslegung durch den Rat ändern und die geeigneten Maßnahmen ergreifen würde.“

Unter diesen Umständen hätte Herr Eden geglaubt, auf dieser Tagung dem Rat einen Bericht mit der Feststellung unterbreiten zu können, daß kein Grund bestehe, sich mit dem Verfassungsproblem der Freien Stadt nochmals zu beschäftigen.

„Leider“, so erklärte der englische Minister, „sind wir von einer solchen Lage weit entfernt. Dagegen ist hiermit die Zusicherungen, die in keinem Namen der Präsident im letzten Rat abgegeben hat, vernachlässigt, hat der Senat beschloffen, in gewissen Punkten den vom Völkerbundrat formulierten Empfehlungen nicht Folge zu geben. Dieser Beschluß ist außerdem in einer Verleumdung des Volkstages durch eine Rede des Präsidenten angefündigt worden, deren Folge es war, daß eine Atmosphäre der Feindseligkeit und des Grolles gegen den Völkerbundrat entfiel. Ich werde später gezwungen sein, auf gewisse Ungenauigkeiten in dieser Rede zurückzukommen. Für den Augenblick möchte ich nur auf die allgemeine Stellungnahme hinweisen, für die diese Rede ein unabweisbares Symptom ist.“

Ich beachtete nicht, gegenwärtig in die Einzelheiten der auf unserer Tagesordnung stehenden Fragen einzutreten, ob es sich dabei um Fragen handelt, die sich unmittelbar auf die Lösung der Danziger Verfassung beziehen, oder um das Problem der Gültigkeit der letzten Wahlen. Im Augenblick möchte ich mich auf den allgemeinen Zustand der Lage beschränken. Der Völkerbundrat hat gewisse Funktionen hinsichtlich der Freien Stadt Danzig übernommen. Die Haltung des Danziger Senats verhält sich aber entgegen dem Rat die Erfüllung der von ihm übernommenen Aufgaben. Davor ist konkrete Vorschläge hierüber made, hielt ich es für zweckmäßig, dem Völkerbundrat die allgemeine Lage darzustellen, so wie ich sie sehe, und ihn zu bitten, sich über diese Lage zu äußern.“

Mit dieser scharf formulierten Erklärung des britischen Außenministers war die Situation genau umgekehrt. Herr Eden, beschränkt darüber, daß die Danziger Regierung sich nicht an ihre Zusicherung gehalten habe, wendet sich an den Völkerbundrat und verlangt eine Stellungnahme, durch die jener Regierung die gegenwärtige Sachlage klar gemacht werde.

Als erster Redner kam diesem Appell das französische Ratsmitglied nach, der

Generalsekretär des Quai d'Orsay Leger

Er unterrichtete nach einem Lob für Leffer die Bedeutung der Erklärungen Edens über die Lage in Danzig.

„Wir wissen“, so sagte er, „wie Herr Eden seine Worte abwägt. Der Ernst, mit dem er gesprochen hat, muß daher um so tieferen Eindruck auf uns machen. Es handelt sich für den Völkerbund nicht darum, sich in das innere Leben der Danziger Gemeinschaft einzumischen, um diese Tendenz oder jene politische Partei zu begünstigen. Die Verfassung der Freien Stadt verleiht dem Senat ausgewählte Rechte, die niemand zu bestreiten oder zu beschränken wünscht. Aber der Senat hat seinerseits genaue Pflichten. Er muß die unentgeltlichen Rechte der Danziger Bürger achten, sowie sie in der Verfassung unter der Garantie des Völkerbundes festgelegt sind. Er muß die Autorität anerkennen, die die Verträge dem Völkerbund zugesichert haben. ...“

„Indem ich mit anderem Berichterstatter die Ereignisse, die sich seitdem abgepielt haben, schildere, muß ich zu meinem Bedauern sagen, daß unsere Erwartungen getäuscht worden sind. Wir können es uns nicht mehr verhehlen: wir befinden uns einer Lage gegenüber, die nicht länger anhalten darf. Der

Hohen Kommissar warnt uns sehr deutlich. Es ist nicht meine Sache, anstelle unseres Berichterstatters die Heilmittel für den gegenwärtigen Zustand vorzuschlagen. Die Anträge, die er uns unterbreiten wird, werden sicher diese Heilmittel enthalten, denn er legt — davon bin ich überzeugt — den Wunsch, ein Programm zu formulieren, demgegenüber der Danziger Senat seine endgültige Verantwortung übernehmen muß.“

Für den Augenblick möchte ich nur dem Appell Folge leisten, den man an uns gerichtet hat, indem ich meinerseits die ganze Bedeutung unterbreite, die Frankreich stets der Lösung der Rechte und der Pflichten beimaß, die die Verträge dem Völkerbund in Danzig übertragen haben. Die französische Regierung wird sich jedem Antrage anschließen, der in normaler Weise die Durchführung der Danziger Verfassung sicherstellt.

Der nächste Redner,

Das spanische Ratsmitglied de Madariaga

Begann mit folgenden Worten: Der Ernst der Lage, auf die uns der Hohen Kommissar und der Berichterstatter aufmerksam machen, zwingen mich, in diese Debatte einzutreten. Spanien ist nicht Partei in der Rechtslage, die in Danzig geschaffen worden ist. Es hat in dieser Hinsicht nur ein allgemeines Interesse zu vertreten: das Interesse an der Aufrechterhaltung des auf dem Recht beruhenden internationalen Systems. Ich lege Wert darauf, mich in vollem Umfang den Erklärungen des Vertreters des vereinigten Königreiches und unseres französischen Kollegen anzuschließen. Insbesondere wünsche ich mich an der Forderung für unsere bewundernswürdigen Hohen Kommissar zu beteiligen.“

Unter größter Aufmerksamkeit des Rates und des Publikums formulierte hierauf der spanische Vertreter die grundsätzliche Frage, die zur Debatte steht: „Das Problem, vor dem wir stehen, ist ein heikles Problem; wir können die Danziger Frage als einen Sonderfall einer allgemeinen Freiheit ansehen. Es ist unbedingt notwendig, und wir wollen es, daß die Zivilisation weiter besteht und mit ihr der Völkerbund, der ihr Bild und ihr Werkzeug ist, und daß das Recht gewährleistet bleibe. Wenn die Grundlage eines Rechtes als unannehmbar angesehen wird, so muß man die Revision mit Rechtsmethoden anstreben. Aber es ist unmöglich, daß das Recht mit Gewaltschlägen angegriffen und niedergebissen oder durch tägliche Abstraktion zermört wird. Die Kultur ist das Recht, und niemand kann sich vor der Welt als Vertreter des Völkerbundes zeigen, wenn er nicht damit beginnt, dem Recht seine Lösung darzubringen.“

Der dänische Außenminister Munch

erklärte, daß es notwendig sei, die gegenwärtigen Schwierigkeiten durch eine gemeinsame Anstrengung derart zu beseitigen, daß alle Rechte, deren Garant der Völkerbund ist, gewährleistet werden. „Ich hoffe lebhaft“, so fuhr er fort, „daß die Erklärung, die wir von Seiten des Senatspräsidenten erwarten, uns die Überzeugung vermitteln wird, daß er die Notwendigkeit anerkennt, Maßnahmen zu ergreifen, die eine Befähigung unter den verschiedenen Danziger Meinungsströmungen herbeiführen können, Meinungsströmungen, zu denen wir nicht Partei zu ergreifen haben. Ich spreche die Hoffnung aus, daß es dank der Zusammenarbeit zwischen dem Hohen Kommissar des Völkerbundes und dem Danziger Senatspräsidenten möglich sein wird, auf der Grundlage der heutigen Aussprache und der früheren Ratdebatten die geeigneten Mittel zu finden, um diese so notwendige Beschäftigung herbeizuführen.“

Mit Spannung hatte man der Rede entgegengeesehen, die

der polnische Außenminister Oberst Bed

halten würde, da man wußte, wie eifrig die Danziger Regierungsdelegation sich um seine Haltung bemüht hatte. Wenn der polnische Vertreter in der Form den Senatspräsidenten sehr entgegenkommend behandelte, so sprach er sich in der zur Debatte stehenden grundsätzlichen Frage natürlich nichtsdestoweniger klar für die Garantie des Völkerbundes aus. Nachdem Herr Bed an die besondere Stellung Polens Danzig gegenüber erinnert hatte, führte er aus: „Da die Freie Stadt dem Schutz des Völkerbundes unterstellt worden ist, liegt dem Völkerbund die Verantwortung für die normale Durchführung des Statuts der Freien Stadt ob. Selbstverständlich kann die polnische Regierung angesichts aller Fragen, die die Ausübung der Rechte und Pflichten des Rates, so wie sie sich aus der Völkerbunds-Garantie ergeben, nicht gleichgültig bleiben. Ich stelle mit größter Genugtuung fest, wie auch der Berichterstatter, daß der Rat seit einiger Zeit seine Garantie, soweit sie die polnischen Interessen betrifft, nicht mehr ausüben hat. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Genugtuung meiner Regierung über die Art ausdrücken, mit der die täglichen und zeitweiligen verwinkelten Beziehungen zwischen Polen und

der Freien Stadt in Zusammenarbeit mit dem Danziger Senat geregelt wurden. Ich möchte die Überzeugung haben, daß der Senat, entsprechend den Erklärungen seines Präsidenten vor dem Rat und kürzlich auch vor dem Vertreter der polnischen Regierung, einen ebenso guten Willen in seinen Beziehungen mit dem Völkerbunde zeigen wird. Nachdem ich sehr gewissenhaft alle Akten, die der Hohe Kommissar dem Rat übergeben hat, geprüft habe, gelange ich zu der Auffassung, daß die Fragen, die unierer Prüfung unterliegen, nicht alle dasselbe Gesicht haben.

Ohne bei der Prüfung dieser Fragen die Schwierigkeiten aus dem Auge zu verlieren, die infolge des Wirtschaft- und sozialen Lebens in jeder politischen Organisation den mit der Verwaltung der öffentlichen Geschäfte beauftragten Behörden erwachsen, kann doch der Rat nicht zulassen, daß die Garantie des Völkerbundes bestritten wird. Nach meiner Ansicht muß man den verschiedenen Wesenselementen eines normalen Funktionierens der Freien Stadt im Rahmen ihres Status Rechnung tragen. Die Anwendung der Garantie des Völkerbundes muß ausnahmslos die Ausübung der politischen Grundrechte, eine gewisse dem Senat der Freien Stadt für eine gute öffentliche Geschäftsführung notwendige Aktionsfreiheit und die Gewährleistung der legitimen Rechte der Danziger Bevölkerung, die in der Verfassung garantiert wurden, sicherstellen. Meine Regierung wird wirksam und tätig mit den anderen Mitgliedern des Völkerbundes zusammenarbeiten, um eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden, um diese verschiedenen Elemente im Rahmen des Status der Freien Stadt miteinander in Einklang zu bringen. Ich lege Wert darauf, mich auf das Herzliche dem Vöbe anzuschließen, das der Berichterstatter den Bemühungen des Herrn Lester gesendet hat. Ich kann meine Darlegungen nicht schließen, ohne der unermüdbaren Arbeit unseres Berichterstatters, Herrn Eden, meine herzlichsten herzlichen Grüße, dessen hohe Intelligenz und persönliche Energie hoffen lassen, daß der Völkerbundsrat in der Lage sein wird, gerechte und kluge Lösungen zu finden.

Der nächste Redner.

Der sowjetrussische Außenminister Litwinow

nahm zu der Politik der Danziger Regierung wie folgt Stellung:

Der Streitfall, der vor uns gebracht wurde, besteht nicht zwischen dem Senat der Freien Stadt und der Danziger Bevölkerung; es handelt sich um einen Streitfall zwischen dem Senat und dem Völkerbund. In dieser Hinsicht weiß der Bericht, den uns der Hohe Kommissar vorgelegt hat, in zweifelsfreier Weise darauf hin, daß wir es mit einer Verletzung der internationalen Verpflichtungen des Senats und sogar mit einer Verletzung dieser Verpflichtungen zu tun haben. Wie der Vertreter Spaniards gesagt hat, sind die Rechte und die Pflichten vor den internationalen Verpflichtungen die Grundlage des internationalen Lebens. Wenn es solche Verpflichtungen nicht gäbe, oder wenn man sie als Papierfetzen betrachten wollte, wäre keine Ordnung im internationalen Leben und kein Frieden in der Welt möglich. Dann würde schrankenlos die Gewalt herrschen, der nationale Egoismus würde sich ohne Hemmung ausbreiten. Ich bin der Ansicht, daß der Völkerbundsrat über die Lösung der internationalen Verpflichtungen nachdenken muß und keine Verletzung erlauben darf. Wenn man, besonders in der gegenwärtigen Stunde, eine einzige Verletzung solcher Verpflichtungen zuläßt, würde die in diesem Falle gewährte Strafbüße eine Reihe neuer Verletzungen hervorrufen, deren Folgen viel erpürter sein könnten. Aus diesen zwei Gründen hoffe ich lebhaft, daß der Völkerbundsrat in klarer und zweifelloser Weise seinen Willen kundtun wird, und daß er dem Senat der Freien Stadt Danzig in Erinnerung bringt, daß er angehalten ist, in Zukunft alle die von ihm übernommenen Verpflichtungen durchzuführen und die von ihm vor dem Völkerbundsrat jährlich abgegebenen Berichtigungen zu stellen.

Der türkische Außenminister Rüstü Aras

erklärte, daß die Türkei in dem Bestreben, die Autorität und das Ansehen der hohen internationalen Einrichtung, der sie angehört, sicher zu stellen und die Ordnung überall und besonders in Europa in gleicher Weise aufrecht zu erhalten, gewillt sei, jedes Revolutionsprojekt zu prüfen und anzunehmen, das der Ratseberichterhatter unterbreiten wolle, um die erste Lage, von der man den Rat verständigt, und die alle bewegt habe, in einen normalen Zustand zu überführen.

Der portugiesische Vertreter Vasconcellos

sprach aus, daß er sich den Worten des Berichterstatters und der Ratmitglieder über die Affäre und die Autorität des Völkerbundes und das hohe Vertrauen, das er verdient, anschließen wolle. Der Berichterstatter Eden würde auf die Stimme Portugals für jede Maßnahme zählen können, die er zur Verhinderung der Autorität des Völkerbundes vorschlagen werde.

Die anderen Ratmitglieder gaben durch ihr Schweigen ihre Zustimmung mit dem Ratseberichterhatter zu verstehen. Nachdem die führenden Ratmitglieder gesprochen hatten, erteilte der Ratspräsident dem

Hohen Kommissar Lester

das Wort.

Herr Lester erklärte die Gründe, aus denen er nach langem Nachdenken zu dem Beschlusse gekommen ist, in seinem Bericht die Verhältnisse in Danzig zu schildern. Ich habe damit die Frage, die mir heute herrscht, dargestellt, die Probleme, die dazu beitragen können, dem Rat die Möglichkeit zu eröffnen, die den ersten Entschluß des Senats hervorgerufen haben, den Ratseberichterhatter nicht Folge zu lassen. Die Erklärung liegt mehr in erster Linie als in normalen Verhältnissen. Lester erklärte, daß der Senat den Zusatzartikel nicht abgelehnt habe und daß die Danziger Regierung gleichzeitig behauptet, sie besitze den Rechtsanspruch der Verfassung. Der Hohe Kommissar sagte hinzu, daß sich jedoch das Gefühl der Solidarität der Bevölkerung gegenüber verdünnt habe, und daß er mit einem Gefühl großer Sorge eine Lage bezeichne, in der jeder den jenseitigen Verpflichtungen des Rates keine Rechnung getragen wird. Er legte dar, daß er ohne Parteilichkeit und ohne Vorurteil den Verhältnisse gegenüberstehe, daß er die Rechte und Schwierigkeiten einer Regierung nicht verkennt, und daß er im Bewußtsein der Verantwortung entgegengekommen sei. Wenn heute ein Streitfall vor uns steht, frei hat er die Hoffnung, die von der Regierung sogar formellen Verpflichtungen des Rates gegenüber eingegangen sind. Der Hohe Kommissar sprach die Hoffnung aus, daß es nicht notwendig sein werde, zu einer klaren und klugen Entscheidung zu kommen, und daß die Danziger Regierung zu klugen und klaren Entscheidungen kommen werde.

So lange ich mein gewöhnliches Amt ausübe, werde ich weiter in diesem Sinne arbeiten, indem ich den verschiedenen Parteien meine besten Wünsche entgegenbringe.

Der Berichterstatter Spaniards sprach die Erklärungen des Berichterstatters entgegen.

Senatspräsident Greifer

auf die Verurteilung seiner Politik entgegen werde.

Man sah sich mit Erstaunen an, als der Vertreter der Danziger Regierung mit einem leichten, verbindlichen, oft geradezu herzlichen Tone die Anfragen mit entgegengesetzten Worten nach allen Seiten erwiderte. Er begann mit einem allgemeinen Dank und mit einem besonderen Dank für Herrn Eden, der so glänzend die Lage der Freien Stadt geschildert habe. Aus den Bemerkungen der verschiedenen Ratmitglieder, so führte Herr Greifer dann aus, ließen sich zwei Punkte herausheben. Erstens scheint man zu befürchten, daß die Freie Stadt oder gewisse Kreise nicht das Danziger Statut anerkennen oder ihm entgegenwirken, zweitens mache man ihm den Vorwurf, gewisse Empfehlungen, die der Rat auf seiner letzten Tagung formuliert hatte, nicht anerkannt zu haben.

Zu dem ersten Punkt könne er sofort alle Besorgnisse zerstreuen. Im Namen der Regierung erkläre er, daß er niemals die Absicht gehabt habe, sich irgendwie dem Statut der Freien Stadt, das sich aus den Verträgen ergibt, zu widersetzen. Ebenso könne man jede Befürchtung hinsichtlich der Stellung des Hohen Völkerbunds-Kommissars in Danzig ausschalten. Dem Hohen Kommissar gegenüber hege der Senat genau dieselbe Meinung wie gegenüber dem Statut der Freien Stadt. Infolgedessen dürfe er in voller Überzeugung erklären, daß sich aus diesen Fragen heraus keine Verletzung der internationalen Lage ergibt.

Was den zweiten Punkt betreffe, so habe man der Freien Stadt einen Mangel an gutem Willen den Ratsempfehlungen gegenüber vorgeworfen. Sicher sei diese Frage für den Senat schwierig. Aber er lege Wert auf die Erklärung, daß es sich dabei um keinerlei bösen Willen handele. Wenn er aus den vorherigen Darlegungen irgend etwas ableite, daß im Rahmen des Rates der gute Wille herrsche, so könne er erklären, daß auch von seiner Seite der gute Wille nicht fehle.

Es handle sich um eine kleine Meinungsverschiedenheit, die darauf zurückzuführen sei, daß Gegenstände der Auffassung der Völkerbundsmitglieder und der Danziger Juristen bestehen. Im letzten September habe der Rat sechs Empfehlungen formuliert. Hier von seien fünf ausgeführt worden, das heißt — wie Präsident Greifer wohl irrtümlicherweise hinzufügte — 75 Prozent. Zwei seien noch nicht ausgeführt, aber nicht aus Mangel an gutem Willen, sondern weil diese beiden Empfehlungen keine große politische Bedeutung hätten und vor allem infolge der Auslegungsschwierigkeiten unter den Juristen und infolge des hohen Rechtsempfindens, das die Freie Stadt besitze.

Präsident Greifer führte des Weiteren aus, daß der Völkerbund die Freie Stadt geschaffen habe und sie sich weiter als sein Kind betrachte. Man habe immer wieder darauf verwiesen, daß der Völkerbund die Verfassung der Freien Stadt garantiere. Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß in der Verfassung auch gesagt werde, daß die Justizverwaltung von jedem politischen Einfluß frei sein solle. Die Danziger Gerichte seien von jedem derartigen Einfluß unabhängig. Das Danziger Eberste Gericht habe, was die beiden Empfehlungen betrifft, die Gesetzesdekrete als verfassungsmäßig bezeichnet. Man befürchte sich also vor einer Meinungsverschiedenheit unter Juristen. Die Meinung eines höchsten Staatsgerichtes müsse aber die Rechtsgrundlage des Staates bleiben, denn wohin käme man, wenn die Staaten und die Bevölkerung sich in Widerspruch zu dieser Grundlage stellten?

Wir betrachten", so fuhr Herr Greifer fort, den Völkerbund als eine Einrichtung, die den Frieden und das Recht wahren soll. Die ganze Welt wende ihre Blicke zu der Geneser Einrichtung, und in demselben Geiste sehen wir in Danzig die Freie Stadt. Der Völkerbund soll den Frieden und das Recht erhalten. Infolgedessen muß er besonders das Recht der kleinen Völker schützen. Die Danziger haben aus tiefster Kindesherzensgefühl und dieses Gefühl der Verpflichtung, Frieden und Recht zu wahren, in sich entwickelt. Vergessen wir nicht, daß Danzig 12 Jahre lang des Pulverfasses Europas war. Während dieser 12 Jahre konnte man ununterbrochen eine Explosion befürchten, und die politischen Parteien — die Parteien, die gegenwärtig Ihnen die Gelegenheiten geben, die inneren Angelegenheiten Danzigs zu prüfen — haben nichts getan, um diese Gefahr zu beseitigen. Im Gegenteil, sie haben sich bemüht, immer mehr Pulver in das Fass zu tun und damit die Lage zu verschärfen. Es ist das Verdienst der Nationalsozialistischen Partei Danzigs, das Pulverfass geleert, die Explosionsgefahr beseitigt und damit voll beigetragen zu haben, den Frieden in Europa zu verwirklichen. Wir haben die Friedensside, die der Völkerbund vertritt, in die Wirklichkeit umgesetzt und in dieser Hinsicht denke ich Herrn Sed für seine Verdienste.

Was die Frage der Abnahme des Rechts betrifft, so vertreten Sie, meine Herren, Staaten, die Großmächte sind, militärische oder wirtschaftliche. Die Freie Stadt Danzig ist im Gegenteil ein Nichtmilitärstaat, aber sie besitzt eine Kraft, und diese Kraft ist das Recht. Dieses Recht darf nicht in Frage gestellt werden, und die Rechtsfragen dürfen sich nicht vor den politischen Fragen verneigen. Wenn es anders wäre, könnte man befürchten, daß sich ein neuer Keim der Furchenbildung in Europa erhebt. Wir sind keine Juristen, wir sind Politiker, und in der Politik ist es die Pflicht des Staatsmannes, die Erhaltung von Frieden und Recht überzubedenken. Man muß immerhin diese Pflicht nicht nach dem Buchstaben, wie es ein Jurist tut, der die Form achtet, sondern nach dem Geiste des Rechtes erfüllen. Für einen Politiker — man hat es bereits gesagt, und ich schließe mich dieser Meinung an — gibt es keine Lage, die schwieriger genug wäre, als daß sich nicht ein Ausweg finde. Der Senat der Freien Stadt ist vollständig gewillt, mit dem Völkerbund in diesem Sinne zusammenzuarbeiten. Er hat ebenfalls den lebhaften Wunsch, mit dem Rat für die Erhaltung des Friedens und des Rechtes zusammenzuarbeiten zu können.

Es war offensichtlich sehr bedauerlich, daß ein Teil der Juristen sich im Verlaufe dieser Rede mit immer größerer Bestimmtheit äußerte. Der allgemeine Eindruck war, daß sich diese Juristenrede, die an Völkerbundsbegeisterung alles überstieg, was man jemals in Genf gehört hat, abschließend war, im gegenwärtigen Augenblicke England nicht zu ergründen. Die Meinung, daß die entgegenkommende Ausdrucksweise des Senatspräsidenten dem Rat von einer vollständigen Beurteilung der Darlegungen des Hohen Kommissars abhalten könnten, liegt allerdings niemand. Man stellt sich, daß die Erklärung, die dem Hohen Kommissar hätte machen können, in der Lage des Senatspräsidenten fehlte, nämlich die Verantwortung, die Ratsempfehlungen endlich anzunehmen. In die oben wiedergegebene Stimmung würde sich aber — das darf nicht verkannt werden, ein bewährter Kenner darüber, daß der Senatspräsident dem Rat gegen die heutigen Vorkommnisse durchaus einmischen würde, daß er die frühere Politik der anderen politischen Parteien heute als nicht mehr tragbar empfindet und dafür die Nationalsozialisten als die einzigen Friedensstärker empfindet.

Der englische Außenminister Eden

antwortete

sehr höflich und bestimmt auf die Rede des Danziger Regierungskommissars. Er dankte dem Hohen Kommissar für seine Zustimmung, die er in der letzten Sitzung des Völkerbundes erteilte. Die Schwierigkeiten dieser Angelegenheit können nach der Meinung des Berichterstatters des Hohen Kom-

missars und seiner heutigen Ausführungen niemand länger. Er schloß sich der Hoffnung Lester's an, daß eine Lösung gefunden werde, und er fügte hinzu, daß er in dieser Hoffnung des Hohen Kommissars einen neuen Beweis seiner Geduld erblicke.

In Antwortung der Rede Greifers bemerkte der englische Außenminister: „Der Präsident der Freien Stadt hat uns darauf verwiesen, daß, wenn der Senat dieser Stadt gewisse Verpflichtungen, die er vor dem Rate übernommen hatte, nicht ausgeführt habe, das deshalb geschähe, weil es sich um Fragen von sekundärer Bedeutung handelte. Ich kann mich dieser Auffassung nicht anschließen, und ich glaube, daß es unmöglich wäre für jeden, der den Bericht gelesen hat, eine solche Meinung anzunehmen. Der Präsident des Senats der Freien Stadt hat uns ferner gesagt, daß es sich vor allem um Streitigkeiten unter Juristen handele. Ich kann auch diese Auslegung nicht hinnehmen, und ich glaube sogar, daß sie nicht zu vertreten ist, wenn man die Aktienkade gesehen hat, die dem Völkerbund überwiesen wurden.“

Die Erklärung Greifers, daß der Rat sich nicht aus Juristen, sondern aus Politikern zusammensetze, die sich mehr an den Geist als an den Buchstaben des Gesetzes halten sollten, beantwortete Herr Eden damit, daß in dem präzisen Fall, der den Rat beschäftigt, Geist und Buchstabe nicht in Widerspruch stehen, sondern vollständig übereinstimmen. „In diesem Sinne“, so schloß er, „werde ich meine Aufgabe fortsetzen. Ich verfolge meinen Kollegen, daß ich mich bemühen werde, im Laufe der beiden kommenden Tage in der Lage zu sein, Ihnen einen Bericht vorzulegen, der allem, was in Ihren heutigen Interventionen gesagt wurde, Rechnung trägt. Ich möchte jedoch bemerken, daß man eine weitere Entwicklung der Lage, wie in den letzten Monaten, nicht zulassen kann. Das wäre weder dem Hohen Kommissar, noch dem Berichterstatter, noch dem Rate gegenüber billig. Wir müssen eine Lösung finden, und ich habe die Absicht, mich dieser Aufgabe zu unterziehen, wobei ich der Unterstützung aller meiner Kollegen sicher bin und auch die Versicherung habe, daß ich auf die volle Mitarbeit des Präsidenten der Freien Stadt Danzig rechnen kann.“

Der Ratspräsident

der australische Vertreter France, beendete die Debatte mit folgender Schlussfolgerung: „Ich möchte mich zum Sprachrohr aller Ratmitglieder, indem ich erkläre, daß die Debatte, die über diese wichtige Frage stattfand, sehr fruchtbar war. In der Tat haben die verschiedenen Reden keinen Zweifel über den Willen des Rates und die dringende Notwendigkeit einer Lösung des Problems hinterlassen. Ich habe ebenso die Gewißheit, daß diese Reden den Präsidenten der Freien Stadt von der gebieterischen Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen dem Senat und dem Völkerbundsrat überzeugen haben werden.“

Wir sind dem Berichterstatter für die kostbare Hilfe, die er während seiner zahlreichen Arbeiten dem Rat zuteil werden ließ, sehr dankbar. Ich bin gewiß, dem Gefühl aller meiner Kollegen Ausdruck zu verleihen, wenn ich ihm erkläre, daß er auf die vorbehaltlose Unterstützung aller Ratmitglieder bei den neuen Anstrengungen rechnen darf, die er bei der Suche nach einer Lösung der so heißen Frage unternimmt wird.“

Man wird jetzt die verschiedenen Besprechungen innerhalb der englischen Delegation, zwischen der englischen Delegation und dem Hohen Kommissar und auch mit der Danziger Abordnung abwarten müssen, aus denen sich dann der Bericht Edens herauskristalisieren wird. Soviel scheint bereits heute festzustehen, daß man der Danziger Regierung die volle Durchführung der Ratsempfehlungen nicht mehr eripieren und daß eine neue Begeisterung, wenn sie auch wieder mit großen Ergebnissbefindungen für den Völkerbund verknüpft sein sollte, zu neuen und erfrischenden Schritten führen wird.

Die Proklamationsfeierlichkeiten

Traditionelle Festlichkeiten

Gestern fanden in London die Festlichkeiten anlässlich der Königsproklamation statt. Ein Schauspiel, traditionsgebunden und symbolisch für das englische Volk. Vielleicht fehlt dem Fremden und besonders uns Heutigen das richtige Verständnis für solche prunkhaften Feierlichkeiten, aber dem modernen, die Gegenwart reiflich beachtenden Engländer, sind Ueberlieferungen und die damit verknüpften Zeremonien ein Stück seines Lebens. Unter diesem Gesichtspunkt werden wir die aus London eintrickenden Kronungsberichte betrachten müssen.

Vom Balkon des St. James-Palastes wurde gestern vormittag um 10 Uhr (englischer Zeit) der versammelten Menschenmenge von einem Herold die Proklamation verlesen, die dem Vöbe die Thronbesteigung Königin Eduards VIII. verkündet. Das gleiche Schauspiel vollzog sich in Abständen von einer halben Stunde an drei weiteren geschichtlichen Stellen der Hauptstadt, am Charing Cross, im Temple Bar, dem Gerichtsviertel der Londoner City und vor den Stufen der königlichen Kapelle. Der Proklamation folgten die Zeremonien mit einer langen Prozession. Der Poppenkönig des Hohenbaldordens, Sir Gerald Dobbson, tritt in Begleitung des Lordmarschalls, der eine goldbesetzte schwarze Uniform trägt, vor die Menge. Er entrollt ein großes Pergament. Im gleichen Augenblick präsentieren die Truppen das Gewehr. Alle entblößen das Haupt und der Poppenkönig verliest die Proklamation. Die Artillerie ertönt Salut. Eine weitere Prozession wird abgehalten und zum Schluß die Nationalhymne gespielt und gesungen.

Die Flaggen, die bis dahin auf Halbmast gestanden hatten, fliegen zur Maßhöhe empor.

Über den feierlichen Zug vom St. James-Palast zur City von London werden folgende Einzelheiten berichtet: „Der Zug wurde von Reitern der Leibgarde geführt. Es folgten die vier Staatskutschen, in denen die Träger der Proklamationszeremonie saßen. Ihnen folgte der neue König. In Temple Bar, wo die Hoheitsrechte der City von London beginnen, mußte die Prozession Halt machen und der City-Magistrat fragte mit lauter Stimme: „Wer kommt dort?“ und die Antwort lautete: „Der König“. Der Magistrat fragte, um seine königliche Majestät Eduard VIII. zu proklamieren.“ Ein ohrenbetäubender Beifall der Menschenmenge brach durch, und die Nationalhymne wurde gesungen. Über geschäftlichen Boden bewegte sich hierauf der Zug der Königin zu, wo der Lord Mayor ein von einer unübersehbaren Menschenmenge begeistert aufgenommenes dreifaches Hoch auf den neuen König ausbrachte. In diesem Augenblicke trat in der sonst so geschäftigen City jede Tätigkeit, Büroarbeiten und Steroverhörmungen, Direktoren und Sekretäre, Taxicabfahrer und Geschäftsmänner aller Art hatten sich auf dem linken Vorplatz der Börse und in den anliegenden Straßen eingestellt, um die Verlesung der Proklamation zu hören.

Danzig beim neuen König

Nach der Verlesung der Proklamation stattete Ministerpräsident Litwinow dem neuen König im St. James-Palast seinen ersten amtlichen Besuch ab. Königin Eduard VIII. wird sich im Laufe des Tages im Sitzungssaal nach Canterbury auf dem Weg befinden.

In Abwesenheit Litwinows fand am Mittwochvormittag unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Geheimen Rates, Ramsay MacDonald, die übliche Besprechung des Kabinetts statt, in der die vorbereitenden Arbeiten für den Zusammen-

Danziger Nachrichten

Noch ein Kriminalbeamter klagt

Um die Differenz zwischen Gehalt und Wartegeld

Vor dem Einzelrichter der Ersten Zivilkammer kam am Mittwoch eine weitere, die dritte Klage von Kriminalbeamten gegen den Senat zur Verhandlung.

Die Klage geht wiederum um den Differenzbetrag zwischen Gehalt und Wartegeld, weil auch Domasch der Auffassung ist, daß seine Verlesung in den Wartestand erfolgt ist, weil sein Amt infolge Umbildung der Kriminalpolizei aufhörte, sondern aus Gründen, die in seiner politischen Anschauung liegen.

Wie in den andern Fällen, so erhob auch in diesem Falle der Senatvertreter, Referendar Kristandt den Einwand, daß die Klage unzulässig sei, weil die in § 150 des Reichsbeamtenengesetzes bestimmte Frist von 6 Monaten nicht gewahrt wäre.

Der Vertreter des Klägers machte geltend, daß der Senatvertreter nicht den § 149 des Reichsbeamtenengesetzes beachtet habe.

Ueber die vermögensrechtlichen Bestimmungen der Reichsbeamten aus ihrem Dienstverhältnis, insbesondere über die Ansprüche auf Beförderung, Wartegeld usw., findet mit folgenden Maßgaben der Rechtsweg statt, und dann folgt erst der Paragraph 150 mit der Bestimmung:

Die Entscheidung des Senats muß der Klage vorausgehen und letztere sodann bei Verlust des Klagerrechts innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Entscheidung jener Behörde bekannt gemacht worden, angebracht werden.

Das Gesetz verlangt also, bevor Klage erhoben werden darf, die Geltendmachung der vermögensrechtlichen Ansprüche durch den Beamten. Eine Frist zur Geltendmachung der Ansprüche ist nicht gesetzlich festgesetzt.

Aus im Falle des Klägers konnten mit Rücksicht auf Erfolg erst die Ansprüche geltend gemacht werden, als das Amtsjahrbuch von 1935 erschien und aus diesem das große Ansehen der Kriminalbeamten von 1935 bis 1936 (über 80) ergeben und bewiesen werden konnte.

Die Klagen finden in Beamtenkreisen größtes Interesse. Uns wird mitgeteilt, daß auch noch verschiedene Lehrer i. B. den Klageweg beschreiten werden, da bei der Schulverwaltung in ähnlicher Weise wie bei der Polizei Verlesungen in den Wartestand vorgenommen worden seien, trotzdem die einzelnen Stellen nicht aufhörten, bezw. Neueinstellungen vorgenommen worden sind.

Die Besetzungen in den Wartestand der Beamten rufen sich auf den § 1 des Gesetzes über die Verlesung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Wartestand und Aufhebung vom 23. 2. 1926. Diese Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Unmittelbare Staatsbeamte können nach Anhörung der zuständigen Beamtenvertretung unter Bewilligung eines Wartegeldes durch den Senat in den Wartestand versetzt werden, wenn das von ihnen verwaltete Amt infolge einer durch besonderes Gesetz angeordneten Umbildung der staatlichen Behörden oder Einrichtungen oder der Schulen aufgehört und eine Unterbringung in einer andern gleichwertigen Stelle nicht möglich ist.

Zunächst die Voraussetzungen des vorstehenden Paragraphen bei den zahlreichen Verlesungen in den Wartestand vorliegen, wird durch die laufenden Prozesse genügend beleuchtet werden. Wir werden zu gegebener Zeit darüber berichten.

Unfall-Chronik

Der 59 Jahre alte taubstumme Schneider Hermann Golskowitzki, Engl. Damm wohnhaft, wollte Dienstag, gegen 15.30 Uhr, die Fahrstraße Engl. Damm überqueren. Hierbei wurde er von einem Auto erfasst und zu Boden gestoßen.

Gegen 14.10 Uhr geriet am Dienstag die vier Jahre alte Charlottte Riegel an der Straßenkreuzung Hagergasse/Damm vor ein Auto, wurde erfasst und etwa fünf Meter weit mitgeschleift. In bewußtlosem Zustande wurde das Kind von einem Schnupfpolizeibeamten zum Arzt gebracht, der die Ueberführung ins Krankenhaus anordnete.

Am Mittwoch, gegen 9.30 Uhr, wollte die 47 Jahre alte Ehefrau Grete Kratt die Fahrstraße Joppot, Doll-Hiller-Strasse 697, überqueren. Hierbei wurde sie von einem Motorfahrzeug erfasst und vom Weinwagen überfahren. Mit gebrochenen Unterschenkeln, einer starken Gehirnerschütterung und Fleischwunden wurde die Verunglückte ins Krankenhaus gebracht.

Am Mittwoch, gegen 7.30 Uhr morgens, fuhr der 26 Jahre alte Arbeiter Paul Langer mit seinem Fahrrad vom Tropf in Richtung Danzig. Auf der Breitenbachbrücke geriet er mit dem Vorderreifen in den Seitenkanal, so daß er umschlug und mit dem Kopf auf den Eisenbeton fiel. Man schaffte den Verunglückten ins Wärtterhäuschen, von wo er in dem benachbarten Unfallwagen ins Krankenhaus über-

führt wurde. S. hat einen komplizierten Oberarmbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten.

Beim Verlassen ihrer Wohnung stürzte am Dienstag die 57 Jahre alte Ehefrau Maria Gumbowski, Niedere Seigen wohnhaft, so unglücklich die Treppe hinunter, daß sie in bewußtlosem Zustande zum Arzt gebracht werden mußte. Der Arzt stellte eine Gehirnerschütterung, eine Kopfverletzung und einen Oberschenkelhalsbruch fest.

Heute Erledigung des Danziger Konflikts

M. B. G e n f, den 23. Januar 1936, 9.45 Uhr vorm.

(Telephonischer Bericht unseres hiesigen Korrespondenten)

Es steht heute morgen noch nicht fest, ob der Völkerverbund bereits in seiner Vormittags-Sitzung oder erst am Nachmittag die Danziger Fragen erledigen wird. Ratsherrenpräsident und Außenminister Eden ist auf jeden Fall sofort nach den gestrigen Debatten, die ihm die Zustimmung des gesamten Rates zu seinen Auffassungen und denen des Hohen Kommissars brachten, zu der Ausarbeitung seines Berichtes geschritten.

Bei den Friseurern wurde es lebhaft

Eine Abstimmung und ihre Folgen

Im Volkshaus fand dieser Tage eine Versammlung der Friseurmeister von Danzig und Umgebung statt, die von der Zwangsinnung einberufen worden war. Von Anfang an machte sich eine Unruhe bemerkbar, denn die Meister, die fast vollständig erschienen waren, erregten sich darüber, daß jeder, der nicht erschien, eine Strafe von 5 Gulden zahlen sollte.

Darauf sprach ein Vertreter des Senats, der mit vielen Worten nachzuweisen versuchte, daß die Zeit vor dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten viel schlechter gewesen sei als die heutige.

Ueber diesen Vorschlag sollte die Versammlung abstimmen, und zwar sollten die Friseure in der Stadt ebenfalls mit zu entscheiden haben, also über eine Angelegenheit, die die Betroffenen nur selbst anging.

Ueber diesen Vorschlag sollte die Versammlung abstimmen, und zwar sollten die Friseure in der Stadt ebenfalls mit zu entscheiden haben, also über eine Angelegenheit, die die Betroffenen nur selbst anging.

Ueber diesen Vorschlag sollte die Versammlung abstimmen, und zwar sollten die Friseure in der Stadt ebenfalls mit zu entscheiden haben, also über eine Angelegenheit, die die Betroffenen nur selbst anging.

Danzig-polnische Hafenverhandlungen

„Gazeta Odsanska“ meldet aus Danzig:

Gestern haben in Danzig die polnisch-danziger Verhandlungen über die Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen begonnen. Wie die Presse meldet, handele es sich um die Festsetzung der Normen des Seeverkehrs durch den Danziger Hafen.

Der Breittlingspreis in Danzig und Dirschau

Der Fischverbrauchsverband hat im Einvernehmen mit dem Preisprüfungs-Kommissionär den höchst zulässigen Kleinverkaufspreis für frische Breittlinge mit Wirkung vom 20. Januar auf 12 Pfennige pro Pfund festgesetzt.

Nach bei Kahlberg Heringsfänge

Ein Fangverbot

Ebenso wie die Fischer in Bodenwinkel haben auch die Kahlberger und Pieper Fischer große Heringsfänge machen können, denn zu Anfang dieser Woche zeigten sich die Heringschwärme an der Sprengschiffen Küste.

Die Bodenwinkler Fischer, die das Glück hatten, auf den großen Heringschwarm zu stoßen, sind nun gespannt darauf, welchen Preis die Fischzentrale zur Zeit zahlen wird.

Zuchthausstrafe für Brandstiftung

Drei Personen verurteilt

Der gestrige Brandstiftungsprozess vor der Zweiten Großen Strafkammer ragte aus der Reihe der Prozesse gleicher Art schon dadurch hervor, weil die Verhandlung rund 12 Stunden, von morgens um 9 Uhr bis abends um 9 Uhr, dauerte.

Im Laufe der Beweisaufnahme, die unendlich lange dauerte, stellte sich heraus, daß tatsächlich eine Brandstiftung vorliegt.

Diese Brandstiftung ist von Mikalski begangen worden. Er hat die Tat auch zugegeben, so daß man ein ziemlich lüdenloses Bild von den Geschehnissen bekam, die sich am Tage des Brandes, dem 14. September 1935, und am Tage vorher in Dhra abgepielt haben.

Unschönend sind Mutter und Sohn über das Angünden ihrer Häuser an diesem Tage einig geworden.

Beide bereiteten den Plan vor. Mutter und Sohn müssen schon früher auf Mikalski aufmerksam gemacht worden sein, denn ihre Bemühungen gingen dahin, Mikalski für den Plan zu gewinnen.

Am Sonnabend, dem 14. September, holte Babuhn dann Mikalski ab. Da sie beide in dem gleichen Vorortbezirk Gemaushölle wohnen, trafen sie sich dort, und zur Stärkung gemeinschaftlich einen halben Liter Schnaps.

Der junge Plegier war schon mit Kohlen fortgefahren, hatte also ein ausgezeichnetes Alibi.

Frau Plegier war, als die beiden Männer ankamen, gerade im Begriff, zu gehen. Man gab sich ein Zeichen, und Frau Plegier verschwand. Sie ging Besorgungen auf dem Steneramt und bei sonstigen Behörden erledigen, also auch ein Alibi, das sonst genügen würde.

Mikalski führte darauf die Tat aus. Ein Liter Petroleum stand bereit. Dieses Petroleum hatte Frau Plegier am Tage vorher durch den bei ihr beschäftigten Arbeiter Klaskewski holen lassen, was Klaskewski auch als Zeuge zugab.

Der Herdostall wurde zuerst angezündet. Er brannte dann auch sichtlich und schnell herunter, ebenso der Schuppen. Bei der Anlegung des Brandes im Wohnhaus hatte Mikalski sich jedoch verrechnet. Da die Fenster nicht geöffnet waren, entstand kein Luftzug. Die Stellen, wo das Petroleum verschüttet war, kochten wohl an, doch reichten diese Brandherde nicht aus, das ganze Haus in Flammen aufgehen zu lassen.

Der Brandstiftungsprozess ging unter starkem Andrang des Publikums vonstatten.

Von zwei Jahren...

Am 22. Januar 1934 berichtet der „Vorposten“, daß anlässlich der Einführung der neuen P.D.-Uniformen Herr Ley einen Auftruf erlassen habe, in welchem es heißt:

Durch vorstehende Verfügung hat der Führer ermöglicht den Dienstanzug genehmigt und damit zum Ausdruck gebracht, daß es sein Wille ist, daß der durch den Kampf herausgebildete Typ des politischen Leiters der NSDAP nichts mit den zivilen Politikern früherer Parteien und Staaten zu tun hat, sondern daß in den politischen Leitern der NSDAP dem deutschen Volke endlich Vertreter der politischen Führung entstanden sind, die uns 2000 Jahre lang fehlten.

Sicher haben uns 2000 Jahre lang uniformierte politische Leiter gefehlt, wenn man dies auch nicht merkte, aber wahrscheinlich werden sie bis Ende der nächsten 2000 Jahre auch wieder entbehrlich geworden sein.

Der kürzeste Weg. Ein 53jähriger ehemaliger Bürovorsteher wurde am 5. Dezember von dem Standposten an der Milchmannenbrücke angehalten, da er zur Ueberquerung des Fahrdammes nicht den kürzesten Weg gewählt hatte. Die Folge war ein Strafbefehl über zwei Gulden, gegen den Einspruch erhoben wurde. Die Verhandlung vor dem Einzelrichter endete mit der Abweisung des Einspruchs. Jetzt sind die zwei Gulden und die Kosten der Verhandlung zu zahlen.

Danziger Standesamt vom 21. Januar 1936

- Esterbälle: Ehefrau Antonie Gogga geb. Schme, 67 J. — Ehefrau Hedeka Baer geb. Wildorf, 73 J. — Privatier Wilhelm Labuschewski, 80 J. — Ehefrau Rosa Brauns geb. Rex, 63 J. — Witwe Amalie Schirka geb. Schmidt, 78 J. — Witwe Amalie Valcun geb. Wablin, 73 J. — Sohn des Friseurs Johannes Haas, 2 J. — Schlossermeister Emil Krause, 71 J. — Invalide Johann Peters, 71 J.

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

Sport-Turnen-Spiel

Aus Polen

Die polnisch-sowjetischen Verhandlungen. In Warschau und Moskau haben die polnisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Reihe von Ein- und Ausfuhrprojekten begonnen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen die sowjetischen Aufträge für die polnische metallurgische Industrie in Höhe von 8 Millionen Tola. Die Zahlungen für diese Aufträge soll in bar erfolgen. Die Aufträge sollen im Laufe dieses Jahres ausgeführt werden, und auf die Kontingente verrechnet werden, die auf der Konferenz festgelegt werden sollen. Die Verhandlungen verlaufen günstig. Ähnliche Verhandlungen finden zur Zeit zwischen Sowjetrußland und Deutschland, Belgien sowie Frankreich statt.

Erhebliche Steigerung der Butterausfuhr. Nach mehreren ungünstigen Jahren wies der polnische Butterexport im Jahre 1935 eine gute Entwicklungstendenz aus. Im Jahre 1935 wurden nämlich aus Polen ausgeführt insgesamt 5 632 200 Kilo Butter gegenüber 4 341 800 Kilo im Jahre 1934. Nach den einzelnen Absatzmärkten wurden ausgeführt: nach England 5 078 625 Kilo (im Jahre 1934: 2 630 501 Kilo), nach Deutschland 18 905 (1 564 341), nach der Schweiz 60 224 (21 586), nach Palästina 18 205 (0), nach der Tschechoslowakei 51 458 (48 115), nach Portugal 872 (20), nach sonstigen Ländern 52 (76 962) Kilo. Siernach ist der größte Abnehmer polnischer Butter England (mit 90,2 Prozent), darauf Deutschland (mit 7,4 Prozent). Im Vergleich zu 1934 ist der Butterexport nach England erheblich gestiegen, dagegen nach Deutschland wesentlich zurückgegangen.

Um die Maschineneinfuhr. Wir haben kürzlich schon berichtet, daß Einfuhrgenehmigungen für ausländische Maschinen und Apparate Bescheinigungen des Verbandes der polnischen Metallindustriellen beigelegt werden müssen, daß die einzuführenden Apparate bzw. Maschinen nicht in Polen gebaut werden. Außerdem sind auch Zeichnungen oder Photographien der betr. Maschinen und Apparate beizufügen. Hiergegen nimmt das „Berliner Tageblatt“ in folgender, außerordentlich scharfen Ausführungen Stellung: „Der Verband der (polnischen) Metallindustriellen ist hiernach also Richter in eigener Sache und erhält mit den verlangten Genehmigungen, Zeichnungen oder Photographien ein Material, das wohl die Urteilsbildung erleichtern mag, aber auch — für den Wettbewerb sehr wichtig sein kann. Auslands-Konkurrenten sind oft sehr bemüht, sich Unterlagen zu verschaffen, wie sie hier eingereicht werden müssen. Der polnische Metallverband wird jedenfalls in die Lage versetzt, über das Angebot ausländischer Maschinen und Apparate sehr nützliche Kenntnisse zu gewinnen.“

Die polnische Schweineausfuhr nach Deutschland. Der Verband der polnischen Bacon- und Fleischwarexporture hat mit der Reichsstelle für Tiere und tierische Erzeugnisse ein Branchenabkommen über die Schweinefleischlieferungen abgeschlossen. In diesem Abkommen hat sich der polnische Baconverband verpflichtet, die im deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrag vorgesehenen Schweinemengen in bestimmter Qualität zu liefern, wogegen die genaute Reichsstelle zugesichert, den vereinbarten Gegenwert zu bestimmten Terminen zu bezahlen. Nach den amtlichen Richtlinien für die Verteilung der Schweineausfuhrkontingente nach Deutschland sind die polnischen Exporteure verpflichtet, den Schweinekauf in solchen Bezirken vorzunehmen, wo der Bestand an Schweinen im Vergleich zum Jahre 1934 eine erhebliche Steigerung erfahren hat. Es sind dies hauptsächlich das Wilnagelbiet und Polesien, in denen der Bestand um 22 Prozent, und die Wojewodschaft Nowogrodok, in denen er um 37 Prozent gestiegen ist. Bei der Verteilung im einzelnen wurden nur solche Firmen berücksichtigt, die bereits im Jahre 1935 am Export von Bacon, Schinken, Schmalz und anderen Fleischwaren, sowie an der Ausfuhr von Schweinen, Rindern und Schafen beteiligt waren. Außerdem erhielten Anteilnahmen die fleischverarbeitenden Fabriken in den östlichen Gebieten Polens, sowie die genossenschaftlichen Schweineorganisationen. Es wurden insgesamt 58 Firmen zugelassen.

Die Lage der polnischen Naphthaindustrie. Eine interministerielle Kommission meldet zurzeit in Lemberg, wo sie die Lage der Naphthaindustrie zusammen mit Vertretern der letzteren prüft. Durch eine Notverordnung vom 15. 1. 36 ist nämlich das im Jahre 1932 über die Verhältnisse der Erdölindustrie erlassene Gesetz bis zum 1. 4. 37 außer Kraft gesetzt und an seiner Statt verschärfte Bestimmungen erlassen. Der Handelsminister wird ermächtigt, die Preise für Erdölzerzeugnisse auf dem polnischen Binnenmarkt festzusetzen und die Nationalisierung der Erdölindustrie zu betreiben. Die von den Raffinerien bisher an den Vorkontrollen entrichteten Abgaben sollen stattdessen zur Subventionierung der Ausfuhr von Erdölzerzeugnissen verwendet werden. Die Verordnung ist mit der Erdölindustrie unter ähnlichen Bestimmungen wie die Kostenberaub- und Eisenhüttenindustrie. Die Verordnung wird mit Ablauf begründet, die die Rohölförderung einschränkt und damit den Fond für Neubohrungen überflüssig macht. Am Ruge der Preissteigerung sind bekanntlich auch die Petroleumpreise herabgesetzt worden. Da diese Preisstärkung sich auf die Rohölpreise zu übertragen droht, steht die Regierung ihre bisherige Erdölpolitik gefährdet, die schon im Interesse der Landesverteidigung auf die Erhaltung möglichst zahlreicher Erdölgruben in händigem Betrieb abzielt. Der ganze hieraus ergebende Fragenkomplex bildet den Gegenstand der Lemberger Beratungen.

Öbungen überlastet? Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ folgendes: „Die im Zusammenhang mit der Steigerung des Güterverkehrs sich mehr und mehr bemerkbar machende Ueberlastung des Öbinger Hafens hat eine Beunruhigung in interessierten Kreisen hervorgerufen. Der Warenempfang geht infolge der Ueberlastung nur sehr langsam vor sich. Die vor kurzem bestellten 16 neuen Kräne werden kaum die Schwierigkeiten beheben, da es nicht nur auf die technischen Schwierigkeiten ankommt, sondern gerade die langsame Vollabfertigung besonders Schwierigkeiten bereitet, die nur durch den Bau von mehreren Pollantern behoben werden können. Auch die Formalitäten bei der Schiffabfertigung sollen vereinfacht werden. In polnischen Zeitungen werden Stimmen laut, die sich für eine Zusammenarbeit der Hafenverwaltungen von Öbingen und Danzig einsetzen, damit der Hafen von Öbingen durch eine Ueberlagerung nicht in einen schlechten Ruf in den internationalen Schifffahrtskreisen kommt.“ Wir geben diese Ausführungen unter Vorbehalt und nur als Auschnitt aus der reichhaltigen Stellungnahme zu Öbingen wieder.

Die Zolltariffrage berechtigt? Auf dem üblichen Monats-Treffen der amerikanischen Handelskammer in London äußerte sich der Präsident der Kammer, Mr. F. C. Powell, über die Frage der Zolltariffrage. Seine Auffassung ist, daß die nationale Schuld der USA. mit 30 Milliarden Dol-

lar zwar recht bedeutend sei und im laufenden Jahr voraussichtlich noch weiter steigen würde. Die Zinskäufe in der USA. seien aber so niedrig, daß der Schuldendienst der Staatskasse weniger Kosten verursache, als der der geringeren Schuld vor 10 Jahren. Auf jeden Fall sei selbst der heutige hohe Betrag nicht gefährlich für solch ein großes Land wie die USA. Darüber hinaus habe Amerika kein Interesse daran, den Dollar auf dem internationalen Markt billiger zu sehen, als das Pfund Sterling. Die beiden Währungen würden vielmehr voraussichtlich noch für Jahre ihre heutige Relation zueinander aufrecht erhalten. Diese Ausführungen des amerikanischen Wirtschaftlers sind von um so größerem Interesse als Mr. Powell erst vor kurzem von einem Besuch in den USA. zurückgekehrt ist.

Aus der deutschen Wirtschaft

Die Klagen über Ueberorganisation in der deutschen Wirtschaft mehren sich. Nachdem schon kürzlich Dr. Schacht in einer vielbeachteten Rede sehr scharf gegen die aufgetretenen Auswüchse Stellung genommen hatte, warnt jetzt auch die Leipziger Handelskammer vor der Gefahr einer Ueberorganisation. Niemals dürfe die Organisation Selbstzweck werden. Die Neuregelung der Wirtschaftsorganisation müsse daher zu einer klaren und einfachen, vor allem aber auch billigen Vertretung der Wirtschaft führen. Das Prinzip der Gliederung nach sachlicher Ordnung durch Wirtschaftszweige und Fachgruppen sowie bezirklicher Ordnung durch die Kammer dürfe nicht durchbrochen werden. Recht ausschlaggebend sind die weiteren Ausführungen über die Lage im Handelskammerbezirk selbst. Leider sei die Leipziger Beswarenstände stark beeinträchtigt worden. Wie wenig gut es dem Einzelhandel geht, davon zeugt der Mahnruf, daß dem Einzelhandel nicht zugemutet werden dürfe, daß er bei seinen an sich ungenügenden Handelsräumlichkeiten alle dem Erzeuger zugebilligten Preissteigerungen aufzufangen. In dieser Hinsicht geben manche Preisregulierungen „zu Bedenken Anlaß“. So begrüßenswert das Bestreben nach Ordnung im Wirtschaftsaufbau unter Ausschaltung ungeeigneter Kräfte sei, so dürfe jedoch nicht eine vollkommene Sperre der Berufe eintreten, die dem Nachwuchs erschweren, sich selbständig zu machen. Diese Mahnung ist auch in Danzig mit seiner Sperre für die Eröffnung neuer Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe beachtlich. Denn mangelnde nationalsozialistische Berufsbildung beleuchtet die Feststellung, daß die bei der Leipziger Kammer bisher abgehaltenen Kaufmannsgehilfenprüfungen in verhältnismäßig zahlreichen Fällen erkennen lassen, daß die Lehrlingsausbildung nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt habe. Wenn sich der Handelskammerpräsident sogar damit beschäftigen muß, dann muß es tatsächlich schlimm um die Ausbildung des Nachwuchses stehen.

Erhöhter Beimischungsdruck für künstliche Spinnstoffe. Die Rohstoffknappheit in Deutschland zwingt in der Textilindustrie zu immer schärferen Maßnahmen. Das zeigt die neue gesetzlich zugelassene starke Beimischung künstlicher Spinnstoffe zu Baumwolle. Das Spinnstoffgesetz wurde nämlich dahin ergänzt, daß Waren aus Baumwolle auch bei laufenden Verträgen unter Beimischung bis 20 Prozent gefertigt werden können, sogar falls die Ueberwachungsstelle bei Abschluß des Geschäftes eine Beimischung in geringerer Höhe vorgezeichnet hat. Bislang ging der Beimischungsdruck über 5 Prozent nicht hinaus. Diese Maßnahme wird nicht gerade dazu angetan sein, das im In- und Auslande bestehende starke Mißtrauen gegen die Qualität deutscher Textilwaren zu beheben.

Die Devisennot Deutschlands werden mindestens ebenso deutlich wie durch die vorhergehende Meldung dadurch illustriert, daß man sogar die Automobilschwärmer jetzt zur Sparsamkeit beim Benzinverbrauch und bei der Reifenabnutzung auffordern muß. Bekanntlich wurde je gerade der Autobestand Deutschlands durch die Aufhebung der Automobilschwärmer künstlich erhöht, so daß der Spartankampfsappell deshalb jetzt doppelt auffallend erscheint, den Rudolf Heß, der Stellvertreter Hitlers, beim Generalappell des „Nationalsozialistischen Kraftfahrerkörpers“ an die Kraftfahrer richtete, da diese durch Herabsetzung der Spitzengeschwindigkeiten im Jahre Millionen an Devisen sparen könnten. In Deutschland wäre heute ein Kraftwagenbestand von mehr als einer Million vorhanden, und jeder Kraftwagen lege im Durchschnitt wohl mindestens 15 000 Kilometer im Jahre zurück. Wenn also jeder Autofahrer eine kleine Betriebsstoff- und Reifenersparnis erziele, so könne das für das ganze Reich im Laufe eines Jahres sehr ins Gewicht fallen.

An den Börsen wurden notiert:

Devisen

Danziger Devisenkurse vom 22. Januar. Von der Bank von Danzig sind folgende Notierungen in Danziger Gulden festgesetzt worden: Telegrammische Auszahlungen: Newyork 1 Dollar 5,2945 — 5,3155; London 1 Pfund Sterling 26,21 — 26,31; Berlin 100 Reichsmark 218,03 — 218,77; Baris 100 Franc 99,80 — 100,20; Zürich 100 Franken 172,46 — 173,14; Warschau 100 Polnische 31,92 — 32,06; Amsterdam 100 Gulden 359,58 — 361,02; Brüssel 100 Belgien 89,52 — 89,58; Reichsmarknoten 218,03 — 218,87; Stockholm 100 Kronen 135,13 — 135,67; Kopenhagen 100 Kronen 117,02 — 117,38; Oslo 100 Kronen 131,60 — 132,21; Banknoten: 100 Tola 99,80 — 100,20.

Danziger Effektenkurse vom 22. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert für: 4 Proz. Schatzanweisungen von 1933 71,00; 4 Proz. (früher 5 Proz.) Dsg. Hypothekendarf-Bauschuld. Serie 10 — 18 57,00.

Deutscher Devisen vom 22. Januar. Belgien 89,80 — 89,98; 39,62; Berlin 218,45 — 218,98 — 212,92; Holland 360,65 — 361,37; 339,93; London 26,28 — 26,35 — 26,21; Newyork 5,301 — 5,317; 5,2917; Reichsmark-Nebel 5,301 — 5,32 — 5,2917; Oslo 131,85 — 132,28 — 131,62; Paris 34,90 — 35,06 — 34,9217; Prag 21,98 — 22,02 — 21,94; Schweiz 172,25 — 173,19 — 172,51; London unbesichtigt. — Deutsche Reichsmark im Freiverkehr in Warschau 132,50.

An den Produkten-Börsen

Danziger Produktenkurse vom 22. Januar. Letzte amtliche Notierung. Preise für 100 Kilo: Weizen 130 Pf. 19,80; Weizen 128 Pf. 20,00; Roggen 120 Pf. 13,80; Gerste feine 15,75 — 16,25; Gerste mittel 15,40 — 15,60; Gerste 114,15 Pf. 15,10; Futtergerste 110,11 Pf. 14,90; Futtergerste 105,06 Pf. 14,85; Weizen 130 — 140,00; Weizen 20,00 — 22,50; Haarmohn 82,00 — 86,00.

Auf dem Danziger Getreidemarkt hielt die Plante auch gestern an. Soweit Getreide getätigt wurden, erfolgte sie zu den letzten neunotierten amtlichen Preisen. Die Zufuhr nach Danzig betrug am 22. Januar: Weizen 35 Wagg, 517 To.; Roggen 29 Wagg, 438 To.; Gerste 91 Wagg, 1379 To.; Hafer 11 Wagg, 166 To.; Hülsenfrüchte 26 Wagg, 379 To.; Kleie und Dinkel 18 Wagg, 241 To.; Saaten — Wagg — To.

Polen-Produkte vom 22. Januar. Richtpreise: Roggen 12,25 — 12,50; Tendenz rubig; Weizen 18,00 — 18,25; Gerste a) 13,75 — 14,25; b) 12,25 — 13,50; rubig; Brannter 14,25 — 15,25; rubig; Gerste 14,00 — 14,25; rubig; Roggenmehl 18,25 — 18,50; rubig; Weizenmehl 20,50 bis 22,25; rubig; Roggenmehl 10,00 — 10,50; grobe; Weizenmehl 11,50 bis 12,00; mittel 12,50 — 13,25; Gerstenkleie 9,75 — 11,00; Winterrogg 41 bis 42; Winterweizen 40 — 41; Senfkraut 37 — 39; Polsererbsen 22 — 24; Bittererbsen 24 — 29; Haarmohn 84 — 88; Sojabohnen 21 — 22; Weizen 16,75 — 17,00; Sonnenblumenkuchen 18,25 — 18,75; Weizenkuchen 14,25 bis 15,00; Sonnenblumen 22 — 24; Weizenkuchen 24 — 27; Erbsenkleie 22 — 23; Allgemeintendenz rubig.

Deutscher Produkten vom 22. Januar. Für je 1000 Kilo: Weizen, märk. 28,00; Roggen, märk. 171,00; Brannter 227 — 231. Für je 100 Kilo: Weizenmehl 27,05; Roggenmehl 21,10; Weizenkleie 11,15; Roggenkleie 10,10. Für je 50 Kilo: Bittererbsen 22,00 — 23,00; ff. Weizen 19,50 — 20,50; Wintererbsen 12,50 — 13,50; Weizen 17,50 bis 18,50; Weizen 11,25 — 12,25; Weizen 14,75 — 15,25; Weizen 8,75 — 9,25; gelbe Lupinen 12,25 — 12,75; Weizen 8,65; Erbsenkleie 4,46; Sojabohnen 7,75; Kartoffelkuchen 8,75 — 9,25.

Totio oder Helsingfors

Wer bekommt die Olympischen Spiele 1940?

Auf dem Olympischen Kongress, der vor Beginn der Weltspiele in Berlin stattfindet, muß u. a. die Entscheidung über den Schauplatz der XII. Olympiade im Jahre 1940 fallen. An Veranlassern fehlt es nicht, denn bisher stehen neun Städte, Athen, Barcelona, Buenos Aires, Budapest, Dublin, Helsingfors, Lankau, Rom und Tokio, auf der Bewerberliste. Die größten Aussichten, mit der Durchführung der XII. Olympischen Spiele betraut zu werden, haben allein nur Finnland und Japan, nachdem Italien auf der letzten in dieser Frage ergebnislosen Tagung des IOC. in Oslo zugunsten von Tokio verzichtete. Die Finnen haben, gestützt auf ihre Teilnahme an allen bisherigen Olympischen Spielen der Neuzeit und nicht zuletzt

Stifahrt nach Giansi

Der Arbeiter-Turn- und Sportverband Danzig organisiert eine Stifahrt nach Giansi. Giansi ist ein Grenzort an der polnisch-italienischen Grenze in den Waldkarpaten, südlich von Przemyśl (Galizien). Es ist Gelegenheit, an einem Stifahrt teilzunehmen, der vom 16. bis 29. Februar dauern wird. Ausgezeichnete Lehrer stehen für diesen Stifahrt zur Verfügung. In diesem Stifahrt können nicht nur Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes teilnehmen, sondern auch die befreundeten Organisationen.

Wer etwas Näheres über den Stifahrt wissen will, muß am Sonnabend, dem 25. Januar, 19.30 Uhr, zum Restaurant „Dom Polski“, Hauptplatz, Eingang gegenüber dem Eingang zum Gymnasialpark, kommen. Dort wird der Verbands-Wintersportwart ershöpfende Auskunft geben.

auf Grund ihrer bisherigen großen Erfolge vor einiger Zeit, eine rege Werbetätigkeit entfacht, um die olympischen Länder für die Veranstaltung in Helsingfors zu gewinnen. Die Pläne für ein neues olympisches Stadion in der finnischen Hauptstadt sind fertiggestellt, und auch sonst ist man bereit, alle Wünsche zu erfüllen.

Aber Rippon ist im Wettlauf um die XII. Olympiade ein sehr ernst zu nehmender Gegenpieler Suomis. Schon die im Jahre 1940 stattfindende Feier des 2000jährigen Bestehens der kaiserlichen Dynastie ist ein Anlaß, das Nationalfest mit dem Olympia in Tokio zu verbinden. Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß auch Japan einmal an der Reihe sei, olympische Spiele durchzuführen. In diesem Zusammenhang zählen die Japaner auf, daß sie in den letzten 20 Jahren zu den ständigen Besuchern der Weltsporthöhe gehörten und keine Kosten für die Entsendung von Mannschaften nach noch so weit entfernten Reisezielen gescheut hätten.

Palloda schlägt Bouffus

Immer neue Ueberraschungen beim Tennisturnier in Bremen

Die Kette der Ueberraschungen reißt bei den internationalen deutschen Hallentennis-Meisterschaften in Bremen nicht ab. Am Mittwoch verlor der Franzose Christian Bouffus ganz unerwartet gegen den Jugoslawen Palloda, der ein ganz großes Spiel lieferte und mit 0 : 6, 6 : 3, 6 : 4 die zweite Runde erreichte.

Unter den letzten Acht im Männer-Einzel stehen drei Deutsche: Henner Henkel, Werner Menzel und Dr. Dörfert. Bei den Frauen habe Hilde Sperling-Krahwinkel und die Polin Jedrejowita schon die Vorhofsrunde erreicht.

Die Doppelspiele brachten durchweg die erwarteten Ergebnisse, wenn man auch Gerstl-Beutner gegen Landry-Jamain keinen 6 : 4, 6 : 4-Sieg zugetraut hatte. Aber hier verschobete das französische Paar die Niederlage selbst durch viele Doppelschler.

Danzig schlägt Lauenburg

Danziger Fußballspiel in der Hochschulmeisterschaft

In der Vorrunde um die deutsche Hochschulfußballmeisterschaft kämpften gestern in Danzig die deutsche Studentenschaft Danzig und die Hochschule für Lehrerbildung, Lauenburg. Der bei dem herrschenden Tauwetter außerordentlich glatt gewordene Platz stellte erhebliche Anforderungen an die Mannschaften. Die Lauenburger kamen vor der Pause zum Führungstreffer. Ein gut zur Mitte gegebener Eckball wurde von dem Danziger Torhüter ins eigene Netz geschlagen. Nach der Pause zogen die Danziger durch einen Elfmeterball gleich und konnten dann durch einen weiteren Treffer nach erfolgreichem Feldspiel mit 2 : 1 den Sieg erringen.

Die Danziger Mannschaft wird nun im Rahmen der deutschen Hochschulmeisterschaft im Geländespiel, Fehlen und Bogenschießen an bevorstehenden Wochenende in Hannover gegen die Technische Hochschule Hannover antreten.

Nur gegen Frankreich

Kanadas „Härfaken“ sind da

Die kanadische Eishockeymannschaft, die in Garmisch-Partenkirchen den Eis-Facit errungenen olympischen Sieg zu verteidigen hat, trifft am Wochenende in Liverpool ein. Im Nord des Dampfers „Duchess of Atholl“ befinden sich 14 Spieler, die den spielstarken Vereinen „Bear-Cats“ und „Fort Arthur“ angehören. Die Kanadier dürfen vor dem olympischen Turnier nur ein Spiel austragen, und zwar findet dieser Kampf am 28. Januar im Pariser Sportpalast gegen eine französische Auswahlmannschaft statt.

Fußballspiel trotz Todesfall

Englands Sonnabend-Fußballspiele werden nach einem Beschluß des Englischen Fußball-Verbandes wie vorgesehen ausgetragen. Lediglich am Tage der Beilegung des verstorbenen Königs Georg V., am 28. Januar, herrscht völlige Spielruhe.

Japan nicht beim Davis-Pokal

Nach Italien hat sich nun auch Japan endgültig entschlossen, in diesem Jahre nicht am Davis-Pokal-Wettbewerb teilzunehmen. Die aus Tokio kommende Meldung gibt als Grund an, daß in Japan zurzeit ein Mangel an begabten Tennisspielern bestehe, außerdem aber auch die Reisekosten zu hoch seien.

Deutschlands Hofmeisterschaften, die zum Wochenende in Oberhof ausgetragen werden sollten, müssen erneut verlegt werden. Man will die Titelkämpfe nunmehr im Anjährling an die Olympischen Winterspiele durchzuführen. Als Termin wurde der 19. Februar in Aussicht gestellt.

teilt des Parlaments am 4. Februar geleistet wurden. Wie verlautet, beriet das Kabinett ferner einen Bericht des Verteidigungsausschusses der Regierung, der kürzlich mehrere ausgedehnte Sitzungen hatte.

Laval zurückgetreten

Herriot lehnt Regierungsbildung ab — Nachfolge noch ungewiß

Das am 7. Juni 1935 gebildete dritte Kabinett Laval ist gestern, um 17.45 Uhr MEZ, zurückgetreten. Zum Rücktritt der Regierung wird eine amtliche Mitteilung ausgegeben, in der es u. a. heißt:

In einem Kabinettsrat teilte Ministerpräsident Laval mit, daß er sich von Herriot, Bonnet, Paganon und Verrierand unterzeichneten Schreiben erhalten habe:

„Herr Ministerpräsident! Sie kennen die Enstufung des Volkungsausschusses der radikalsozialistischen Partei über die von dem Kabinett befolgte Politik sowie seine Wünsche hinsichtlich des Abstimmungsprozesses der radikalsozialistischen Kammerfraktion. In einem Gefühl der Treue zu unserer Partei und der Aufrichtigkeit Ihnen gegenüber glauben wir, politisch ehrlich zu handeln, indem wir Ihnen unseren Rücktritt aus der Regierung mitteilen. Es scheint uns in der Tat, daß wir Ihnen nicht mehr die unentbehrliche Unterstützung unserer Freunde aufrecht erhalten können, um Ihnen in der Kammer die für jede Regierungstätigkeit notwendige Mehrheit zu gewährleisten zu der Stunde, in der sich uns so viele schwere Fragen stellen, die eine Lösung erfordern.“

Nach Verlesung dieses Schreibens teilte Laval mit, daß er unter diesen Umständen den Gesamtrücktritt des Kabinetts dem Präsidenten der Republik mitteilen werde. Laval erstattete dem Präsidenten der Republik Bericht über die Ergebnisse und sprach darauf den Gesamtrücktritt des Kabinetts aus, der vom Präsidenten angenommen wurde. Der Präsident hat die Kabinettsmitglieder, vorläufig die Geschäfte weiterzuführen.

Um die Neubildung der Regierung

Der Präsident der Republik, Lebrun, hat noch am Mittwochabend seine Beratungen über die Neubildung der Regierung begonnen. Er hat zunächst die Präsidenten der Kammer und des Senats empfangen und hat anschließend mit den Vorsitzenden der großen Fraktionen in Beratung getreten. Lebrun hat in einer 1½-stündigen Unterredung mit dem Kammerpräsidenten Bouisson diesem die Bildung einer neuen Regierung angeboten, doch hat Bouisson eine ablehnende Antwort erteilt. Mit dem Empfang des Kammerpräsidenten Bouisson hat Lebrun am Mittwoch seine Besprechungen abgeschlossen, und wird sie erst heute vormittag gegen 10 Uhr wieder aufnehmen. Wie in politischen Kreisen bekannt wird, soll der Präsident beabsichtigen, am Donnerstagvormittag Herriot die Regierungsbildung anzubieten.

Der zurückgetretene Ministerpräsident Laval erklärte nach Ueberreichung seines Rücktrittsschreibens Pressevertretern gegenüber, daß er das Anerbieten des Präsidenten der Republik, eine neue Regierung zu bilden, abgelehnt habe.

Herriot lehnt ab

Wie aus politischen Kreisen am Mittwochabend verlautet, dürfte Herriot, der am Donnerstagvormittag zum Präsidenten der Republik zur Rücksprache wegen der Regierungsbildung gerufen wurde, einen derartigen Vorschlag ablehnen, da er in der Sonntagssitzung des Volkungsausschusses der radikalsozialistischen Partei ausdrücklich geäußert habe, mit seinem Rücktritt aus dem Kabinett lediglich seine Freiheit als Staatsbürger wieder erlangen zu wollen. Als weitere Kandidaten werden Delbos und Carrat genannt.

Präsidentenwahl in Cuba

Das Land der Wirren — Die Rolle Batista

Bei den Präsidentenwahlen in Cuba hat der Kandidat der Liberalen, Miguel Gomez, über den Anwärter der Konservativen und Nationaldemokraten, Menocal, gestimmt. Ob damit in diesem unglücklichen, von ständigen Unruhen und Krisen heimgesuchten Lande stabile Verhältnisse eintreten werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls war dieses die erste verfassungsmäßige Präsidentenwahl, die Cuba seit 12 Jahren erlebt hat. Seitdem war Cuba nicht zur Ruhe gekommen.

Manchado, der eine Diktatur ausübte, ließ 1925 seine Amtsdauer durch den ihm willfährigen Kongress verlängern. Er stützte sich schließlich nur noch auf das Vertrauen der in Cuba sehr maßgebenden amerikanischen Finanzkreise und wurde, als sein Regime immer unerträglicher wurde, 1933 durch den Oberbefehlshaber der Armee, Fulgencio Batista, einen ehemaligen Sergeanten, gestürzt. Damit wurde die Armee zu einem Machtfaktor, mit dem jeder kommende Präsident rechnen mußte. Batista änderte zwar kaum etwas an dem innerpolitischen Regime, suchte aber den amerikanischen Einfluß zu brechen. Darum stützte er auch kurz nach Manchados Fall dessen Nachfolger Cespedes, der wiederum verjagt hatte, sich auf die Ballistik zu stützen. Darauf folgte Grau San Martin, der eine Zeit lang von Batista gehalten wurde und sich der Unterstützung der nationalrevolutionären Kräfte erfreute. Es zeigte sich aber, daß es nicht möglich war, gegen Washington zu regieren. Amerika verweigerte die Anerkennung und spernte die Kredite. Batista, der Vielgewandte, stellte sich darauf um und zwang auch Grau San Martin zum Rücktritt. Es folgte Sevilla, der aber nur zwei Tage im Amt war und der Schwierigkeiten nicht Herr werden konnte.

Schließlich kam dann Mendieta ans Ruder, der im Januar 1934 sein Amt antrat, die Unterstützung der USA fand und sich im übrigen auf die Armee sowie zunächst auch auf die Liberalen und die nationalrevolutionäre Gruppe WS stützen konnte. Er hatte die Linksradikalen gegen sich. Als er zu Manchados Methoden seine Zuflucht nahm, schlossen sich alle Linksruppen, einschließlich der Antenticos und der WS-Partei, zusammen, um Mendieta und Batista zu stürzen. Batista blieb auf der Seite von Mendieta, da er aus den Erfahrungen mit Amerika seine Lehren gezogen hatte. Es kam zu erbitterten Kämpfen, bei denen ein Mitglied der ehemaligen Regierung Grau San Martin, Antonio Guiteras, ermordet wurde. Grau San Martin und die Führer der WS, Martinez Cruz und Jorge Manach, gingen nach Miami (USA) ins Exil. Viele Hunderte wurden verhaftet. Ein Attentat auf den amerikanischen Botschafter Caffery und eine Verschwörung von Offizieren, die eine Militärdiktatur Batistas anstrebten, zeigten den Ernst der Situation. Batista säuberte die Armee, Mendieta stellte die Verfassung von 1901 in großen Zügen wieder her.

Dann trat Mendieta zurück, da sein Kandidat Gomez, der jetzt doch gewählt worden ist, Batista nicht genehm war. Der Wahlkampf wurde dann unter der provisorischen Präsidentschaft eines Mendieta-Anhänger, Barret, angesetzt. Da Gomez sich der Unterstützung des Botschafters Caffery erfreute, dürfte die Stellungnahme Batistas von besonderem Interesse sein.

Krupp-Werk in Norwegen? Durch die Weltpresse macht die Meldung die Runde, daß in Norwegen ein Krupp-Werk errichtet werden soll. Man mißt diesem Plan sehr große Bedeutung zu. Die Gründung soll inoffiziell internationalen Charakter tragen, als außer Deutschland auch Amerika, England, Schweden, Norwegen und, wie es heißt, sogar die Sowjet-Union an der Sache beteiligt sind. Es handelt sich um

eine Art von Eisenwerk, bei dem die einzelnen Beteiligten die Möglichkeit des Austausches von Rohstoffen haben sollen. Es spielen z. B. für die deutsche Industrie die großen Erzvorkommen in Schweden und Norwegen eine große Rolle. Auch Nickel soll der deutschen Industrie auf diese Weise in erheblichem Maße zugeführt werden. Welche Produkte hier hergestellt werden sollen, steht im einzelnen noch nicht fest. Wie weit diese Kombinationen berechtigt sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

Der Vormarsch der Italiener

Der italienische Seeresbericht

Die amtliche Mitteilung Nr. 103 enthält folgenden italienischen Seeresbericht über weitere Fortschritte der Offensive des Generals Graziani:

„Am Morgen des 20. Januar haben Schwadronen der Truppen von Genua und der Mlanen von Asota mit einer glänzenden, raschests durchgeführten Aktion unter Ueberwindung lebhaften Widerstandes des Gegners Negelli, die Hauptstadt der Galla Borano, besetzt. Negelli befindet sich 80 Kilometer von Dolo, dem Ausgangspunkt unserer Truppen. Der von General Graziani am Canale Doria erzwungene Sieg hat das Land der Galla Borano, deren Führer bereits in dem im März 1896 in Argala Ascoba von Vittorio Voltago abgeschlossenen Abkommen die Oberhoheit Italiens anerkannt hatten, von der unerträglichen Herrschaft der Abessinier befreit. Die Führer und Notabeln der Galla Borano haben sich sofort gemeldet, um ihre Unterwerfung anzuzeigen, der Gemüthung über die Befreiung ihres Landes Ausdruck zu geben und sich für die Zusammenarbeit bei den nächsten Kampfhandlungen gegen die Regierung von Addis Abeba anzubieten.“

Auch entlang des Webi Gestro, wo der Vormarsch unserer Kolonnen fortgesetzt wird, haben sich bei unseren Militärbehörden Führer und Notabeln der Galla Krusi gemeldet, um ihre Unterwerfung anzuzeigen. In unseren Sammelstellen treffen andauernd neue Gefangene ein. Die Beute an Waffen und Munition, darunter beachtliche Mengen von Dum-Dum-Geschossen, ist sehr groß. In Negelli hat unsere Kavallerie alle Lager und Zelte der Ausgankstruppe erobert, wo der Ras Desta vor zwei Monaten seinen Vormarsch begonnen und dabei angefangen hatte, daß er die südlichen Gebiete von Italienisch-Somali erobern will.

An der Eritrea-Front ist im Tumbien-Abchnitt eine Angriffsaktion im Gange.

Die Luftwaffe an der Somali- und Eritrea-Front hat bei Bombardierungs- und Erkundungshandlungen ihr Bestes geleistet und mit großer Wirksamkeit zum Siege beigetragen.“

Die Delsperre

Der Nitzehnerausschuß der Sanktionskonferenz hat am Mittwochnachmittag sein Präsidium ermächtigt, einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung der Voraussetzungen und der Durchführung einer etwaigen Delsperre einzusetzen. Die Entscheidung über die tatsächliche Verhängung der Sperre ist lediglich, und zwar zum dritten Male, aufgeschoben worden.

Der gegenseitige Beistand

Ueber die Mittelmeer-Verhandlungen

Der englische Außenminister Eden hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Sanktionskonferenz das Ergebnis des Meinungs-austausches der englischen Regierung mit Frankreich, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei mitgeteilt.

Die britische Mitteilung führt die Antworten an, die die französische Regierung auf Englands Anfragen vom 14. und 18. Oktober erteilt haben und erklärt:

es sei demgemäß zwischen den beiden Regierungen ein Einverständnis erzielt worden.

Es sei jedoch erwünscht, eine weitere Angelegenheit zu klären, nämlich das Ziel und die Einzelheiten der erwähnten Besprechungen zwischen den Marine-Militär- und Luftstäben der beiden Länder.

Hierzu führt die englische Denkschrift aus: Die Tatsache, daß diese Besprechungen zwischen den französischen und den britischen Stäben stattgefunden haben, hat in gewissen Kreisen zu der Behauptung geführt, daß die Besprechungen sich nicht nur auf die Lage im Mittelmeer, wie sie sich aus der Anwendung von Art. 16 der Völkerbundsatzung ergibt, sondern auch auf die Nordostgrenze Frankreichs bezogen haben. Die Regierung seiner Majestät wünscht diese Gelegenheit zu ergreifen, um zu erklären, daß jede derartige Behauptung unmaß ist.

Die Besprechungen zwischen den beiden Stäben, die stattgefunden haben, beschränkten sich durchaus auf eine gemeinsame Aktion für den Fall, daß aus der Anwendung von Sanktionen im gegenwärtigen Konflikt Feindseligkeiten im Mittelmeer entstehen sollten. Es haben sich niemals auf irgend einen anderen Fall bezogen.

Die englische Denkschrift erwähnt sodann die Anfang Dezember erfolgten entsprechenden Erkundigungen der englischen Regierung bei Griechenland, der Türkei und Jugoslawien. Die Antworten, die diese drei Regierungen im Benehmen miteinander erteilten,

liehen keinen Zweifel über ihre Bereitschaft, alle Verpflichtungen, die sich für sie aus der Satzung ergeben, getreu zu erfüllen.

Die französische Regierung sei am 21. Dezember von den drei Regierungen über diesen Meinungs-austausch unterrichtet worden, ebenso die italienische Regierung von der französischen über die Tatsache, daß die Besprechungen zwischen den französischen und den britischen Stäben stattgefunden hätten. Ferner sei die italienische Regierung auf Grund von Erkundigungen in Ankara, Athen und Belgrad von den Zusicherungen unterrichtet worden, die die türkische, die griechische und die jugoslawische Regierung der britischen erteilt hätten. Die türkische Regierung habe später die britische Regierung gebeten, eine entsprechende Zusicherung zu geben, was auch geschehen sei. Ebenso seien der jugoslawischen und der griechischen Regierung auf ihren Wunsch die gleichen Zusicherungen gemacht worden.

Eine französische Deklaration

Gleichzeitig mit der englischen Denkschrift wird ein Schreiben des französischen Vertreters, Reger, an den Präsidenten der Sanktionskonferenz veröffentlicht, worin auf die englische Denkschrift Bezug genommen und-erklärt wird:

Was die Rolle und die Haltung der französischen Regierung betrifft, so hat die französische Delegation der englischen Darlegung der Tatsachen nichts hinzuzufügen. Der Meinungs-austausch hat übrigens in nichts den Anwendungsbereich der gemeinsamen Verpflichtungen überstritten, die die Mitglieder des Völkerbundes öffentlich übernommen haben. Infolgedessen kann sich daraus keinerlei Ueberrumpfung noch Mißverständnisse in der Weltmeinung darüber ergeben.

Statten protestiert

Die italienische Regierung hat bereits in den verschiedenen Hauptstädten gegen das englische Vorgehen zur Sicherung der Völkerbundsatzung auf Grund von Art. 16 Abs. 3 Einspruch

erhoben und hat eine entsprechende Note an den Präsidenten des Völkerbundesrates angehängt.

Im Anschluß an die englische Denkschrift an die Sanktionskonferenz sind nunmehr außer der bereits gemeldeten französischen Erklärung auch die zustimmenden Erklärungen der drei anderen befragten Regierungen veröffentlicht worden. Außerdem liegt eine Erklärung der tschechoslowakischen Regierung vor, die darauf hinweist, daß die Zusage Jugoslawiens im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedern der Kleinen Entente gegeben worden sei.

Schließlich verlautet noch von englischer Seite, daß mit der spanischen Regierung bisher lediglich durch den Vorkonferenz in London unverbindliche Besprechungen geführt worden seien, die aber gegebenenfalls jederzeit ergänzt werden können.

Der Vermittlungsausschuß wartet ab

Der Dreizehnerausschuß des Völkerbundesrates hat über die gegenwärtige Lage im italienisch-abessinischen Streit einen Bericht ausgearbeitet, der dem Rat zur Annahme unterbreitet wird. Darin wird, nach einer Darstellung der Lage, erklärt, im Augenblick könne der Ausschuß nur beschließen, die Lage entsprechend dem Auftrag, den er vom Rat am 19. Dezember erhalten hat, aufmerksam zu verfolgen.

Der Ausschuß wird sich jedesmal versammeln, wenn es sein Präsident für notwendig hält. Er wird auch auf Antrag eines seiner Mitglieder oder einer der Parteien einberufen werden.

Die Vertrauensratswahlen

Termin festgelegt — Niege Propaganda

Wir haben kürzlich darauf hingewiesen, daß die Deutsche Arbeitsfront sich rüht, um die bevorstehenden Vertrauensratswahlen propagandistisch zu bearbeiten. Man ist in diesen Kreisen keineswegs optimistisch, deshalb soll die Wahl zu einer mit allen Mitteln eingeleiteten und durchgeführten Aktion ausgenutzt werden. Die Arbeiter sollen beweisen, ob sie „Opfer tragen wollten um Deutschlands willen“.

Im Sitzungssaal des Zentralbüros der DAF fand nun die erste Tagung der Reichswahlleitung für die Vertrauensratswahl 1936 statt. Der Reichswahlleiter der DAF, gab die Richtlinien für die Vertrauensratswahlen 1936 und die Richtlinien für die Propaganda bekannt. Der Termin für die Vertrauensratswahlen ist auf den 2. und 4. April 1936 festgelegt. Die Listen sind spätestens zum 20. März auszuliegen.

Das ägyptische Kabinett zurückgetreten

England wünscht Verhandlungen mit einer Regierung der ägyptischen Einheitsfront

Das Kabinett Nessim Pascha ist am Mittwoch mittag zurückgetreten, um einem Kabinett der Einheitsfront Platz zu machen. Wie verlautet, hat der Führer der Wafd-Partei, Naha Pascha, die Bildung der neuen Regierung abgelehnt.

Dem Rücktritt war eine Unterredung König Fuads mit den Führern der ägyptischen Einheitsfront vorangegangen. Diese vom König gewünschte Unterredung stand anscheinend im Zusammenhang mit der englischen Note, in der der Wunsch geäußert wurde, mit einer Regierung, die das Vertrauen des Volkes besitzt, in Verhandlungen über einen Vertragsabschluss einzutreten.

Der „Judenkenner“ will's nicht glauben

Spinoza soll nicht Jude gewesen sein

Der große Philosoph des Nationalismus, Baruch Spinoza, ist bekanntlich Jude gewesen. Sein Einfluß auf die Philosophie, die gesamte Weltanschauung und Geistesbildung des Aufklärungszeitalters ist bestimmend gewesen. Diese Tatsache können selbst die allerstärksten Antisemiten nicht leugnen. Da verfallen sie eben auf einen originelleren Ausweg. Das Berliner antisemitische Blatt „Der Judenkenner“ schreibt nämlich: „Spinoza dürfte kein Jude gewesen sein, sein Einfluß auf das Geistesleben ist zu nachhaltig dazu.“

Der Beweis ist sehr einfach! Viel eher könnte man sagen: Spinoza dürfte kein Ant-und-Roden-Philosoph gewesen sein, dazu ist seine Philosophie zu klar.

Die zum Tode verurteilten litauischen Offiziere begnadigt

Der litauische Staatspräsident hat die vom Feldgericht verhängten Todesurteile gegen die drei Referenzoffiziere Karutis, Skuranskas und Sinksevicius in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt. Ueber die Hintergründe des Verfahrens veröffentlicht die litauische Telegraphenagentur einen Bericht in dem es heißt, daß die Verurteilten einen Umkehr vorbereitet hätten, um den in Haft befindlichen früheren Ministerpräsidenten Boldemaras zu befreien und ihn wieder an die Macht zu bringen.

60 Nationalsozialisten in Oesterreich verhaftet. In Eggenberg bei Graz wurden am Dienstag 60 Nationalsozialisten verhaftet. Diese Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit der letzten Flugblattaktion.

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen

Eingang. Am 22. Januar: Dan. D. „England“ (1872) von Kopenhagen, leer für Atoira, Raiterhafen; Schwed. D. „Boga“ (749) von Aarhus, leer für Bergense, Marinehofenlager; Finn. D. „Wille“ (1500) von Norrböping, leer für Bebnke & Sieg, Beben, Reichelände; dt. D. „Wibert“ (401) von Gomburg mit Reichelände Gütern für Sieg, Reichelände; dt. D. „Annette“ (419) von Rotterdam via Vollen mit Gütern für Bergense, Reichelände; dt. D. „Helmut“ (Grammerstorf) (335) von Lübeck, leer für Bebnke & Sieg, Reichelände; Dan. D. „Hulda“ (134) von Sletting mit Kohlen für Reichelände; Dan. D. „Kobus“ (359) von Gosenburg mit Gütern für Bebnke & Sieg, Reichelände.

Am 23. Januar: Dt. D. „Werkalia“ (513) von Rals mit Eisen für Bergense, Schichauwerk. Ausgang. Am 22. Januar: Dt. D. „Gitarich Peters“ (483) nach Sodersteden mit Kohlen für Atoira, Beben, Reichelände; Dan. D. „Glemens“ (105) nach Kopenhagen mit Kohlen für Reichelände; engl. D. „Baltoria“ (2390) nach London mit Gütern für U. D. C. Ostentanal; est. D. „Saturn“ (251) nach Simrishamn mit Kohlen für Atlantic, Reichelände; poln. D. „Izawa“ (314) nach Gomburg mit Gütern für Kam, Ostentanal; norm. D. „Gears“ (338) nach Harbourn mit Holz für Reichelände & Reichelände; norm. D. „Sval“ (652) nach Gosenburg mit Kohlen für Atoira, Beben, Reichelände; norm. D. „Brist“ (855) nach Oslo mit Gütern für Bergense, Reichelände; Schwed. D. „Hoenus“ (475) nach Gosenburg, Reichelände; dt. D. „Gitarich“ (751) nach Gosenburg mit Kohlen für Bebnke & Sieg, Reichelände; Dan. D. „Glen“ (1003) von Gosenburg mit Gütern für Bergense, Reichelände; Dan. D. „Glen“ (1113) nach Aarhus mit Holz und Gütern für Reichelände, Reichelände; dt. D. „Glattefer“ (944) nach Rotterdam mit Kohlen und Holz für Bergense, Reichelände; Dan. D. „Hulda“ (134) nach Kopenhagen mit Kohlen für Reichelände, Reichelände.

Am 23. Januar: Dt. D. „Abelwald“ (60) nach Gosenburg mit Kohlen für Reichelände, Reichelände.

Neuzugänge Radikler

In Ost- und Prignitzkreisen stehen heute nach, in der Zeit von 22 bis 6 Uhr, folgende Werte zur Verfügung: Dr. Friedl, Reichelände 27, Tel. 236 80; Dr. F. Schmidt, Langgasse 31, Telefon 233 31.

Aus besonderen Gründen erscheint die „Danziger Volksstimme“ heute nur in einem Umfang von acht Seiten.

